


Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

## Extremismus im Freistaat Sachsen

### Islamismus und Ausländerextremismus

#### Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Extremismusbereich:	Linksextremistischer Ausländerextremismus
Gründung:	1978
Sitz:	Nordirak/ Kandilgebirge
Vorsitz	Abdullah ÖCALAN <sup>1</sup>
Teil-, Nebenorganisationen:	u. a. Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)
Publikation:	Serxwebun, Yeni Özgür Politika
Kennzeichen <sup>2</sup> :	

#### Historie und Strukturentwicklung in der Türkei

Die PKK wurde im Jahr 1978 gegründet. Ziel war die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates unter ihrer Führung. Zu den Gründern gehörte Abdullah ÖCALAN. Er übte von Beginn an die Funktion des Generalsekretärs aus. Seine bis heute unumstrittene Führungsposition setzte er gegen interne Widerstände durch und behielt diese auch nach seiner Inhaftierung und Verurteilung im Jahr 1999.

Die PKK entwickelte sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. 1984 nahm sie den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Diesen Auseinandersetzungen fielen bislang rund 45.000<sup>3</sup> Menschen zum Opfer. Seit dem Jahr 2002 werden die PKK und später auch deren Nachfolgeorganisationen als terroristische Organisationen gelistet.

Die PKK firmiert seit 2007 offiziell unter dem Namen Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK).

Ab Mitte der 1990er Jahre verfolgte die PKK-Führung eine Doppelstrategie. Während sie sich in Westeuropa bemühte, friedlich in Erscheinung zu treten, agierte sie in der Türkei weiterhin auch mit militärischen und terroristischen Mitteln. Die Guerillaeinheiten, die sogenannten Volksverteidigungskräfte (HPG), griffen sowohl türkische Sicherheitskräfte als auch die Infrastruktur an. Um der HPG ein vermeintlich reguläres militärisches Antlitz zu

<sup>1</sup> Trotz Inhaftierung hat er faktisch die Führung inne.

<sup>2</sup> rechts: Fahne der Volksverteidigungskräfte (HPG)

<sup>3</sup> <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54641/kurdenkonflikt>

(Stand: 29. Januar 2016)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

verleihen und sie vom Terrorismusvorwurf zu bewahren, wurden die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) ins Leben gerufen. Den TAK schlossen sich überwiegend jugendliche Kämpfer der HPG an, die ab 2004 Sprengstoff- und Brandanschläge verübten. Im Frühjahr 2013 schien sich eine neue Entwicklung anzubahnen, nachdem bekannt geworden war, dass die türkische Regierung Verhandlungen mit Abdullah ÖCALAN geführt hatte. ÖCALAN, der erstmalig als Verhandlungspartner akzeptiert wurde, präsentierte dabei eine eigene „Roadmap“. Nach dieser sollten sich in einem ersten Schritt die PKK-Kämpfer aus der Türkei zurückziehen. Das Fernziel sei die Waffenniederlegung und der Gewaltverzicht. Im Gegenzug erwartete die PKK-Führung die Erfüllung ihrer Forderungen nach Verankerung politischer und kultureller Rechte für die Kurden in einer neuen Verfassung der Türkei.

Seit Sommer 2014 überlagerten die Angriffe des so genannten Islamischen Staates (IS) auf das Gebiet Westkurdistans (Nordsyrien) die kurdisch-türkische Auseinandersetzung. Der syrische Zweig der PKK, die Partei der Demokratischen Union (PYD), setzte sich mit ihrem im Juli 2012 gegründeten militärischen Arm, den Volksverteidigungseinheiten (YPG), für den Schutz dieses Gebietes ein und nahm den Kampf gegen den IS auf. Sie wurde dabei von den HPG unterstützt. Sie agieren in einem politisch fragilen Umfeld, in dem geopolitische Interessen und die Interessen der lokalen Akteure äußerst unübersichtlich und von hoher Dynamik geprägt sind.

### **Aktuelle Entwicklung in der Türkei**

Das Jahr 2015 war in der Türkei durch zwei Parlamentswahlen und zwei verheerende Bombenattentate geprägt.

Im Ergebnis der Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 verlor die türkische Regierungspartei AKP<sup>4</sup> ihre absolute Mehrheit. Die kurdisch-türkische Partei Demokratische Partei der Völker (HDP) konnte mit gut 13 % in das türkische Parlament einziehen. Die HDP war damit die erste kurdische Partei, der es gelang, die Zehnprozent-Hürde, die den Einzug ins Parlament in der Türkei regelt, zu überspringen. Tatsächlich wird der HDP eine Nähe zur PKK zugeschrieben. Dieses Ergebnis war nicht zuletzt der intensiven Wahlpropaganda der PKK zu verdanken. Sie mobilisierte ihre Anhängerschaft nicht nur in der Türkei, sondern auch in ganz Europa mit dem Argument, dass die HDP die Interessen der Kurden im Parlament vertrete.

Mit nur knapp 41 % der Wählerstimmen war die AKP gezwungen, eine Regierungskoalition zu bilden. Dies gelang nicht, weshalb der AKP-Vorsitzende und Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan für den 1. November 2015 Neuwahlen ansetzten.

In der Zwischenzeit kam es am 20. Juli 2015 in der türkischen Stadt Suruç nahe der türkisch-syrischen Grenze zu einem Bombenanschlag. Er richtete sich gegen ein Camp linksergerichteter und prokurdischer Jugendlicher. Ein weiterer Terroranschlag ereignete sich am 10. Oktober 2015 während einer Friedensdemonstration in Ankara. Diese Gewaltakte forderten jeweils mehr als hundert Tote und zahlreiche Verletzte. Die Anschläge wurden zwar der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zugeschrieben. Die PKK und linke türkische Organisationen, deren Anhänger hauptsächlich zu den Opfern zählten, gaben der AKP jedoch zumindest eine Mitschuld, da nach deren Meinung die AKP die Anschläge hätte verhindern können. Als Racheaktion auf den ersten Anschlag tötete ein „apostisches“<sup>5</sup> Rebellenteam am 22. Juli 2015 zwei türkische Polizisten mit Kopfschüssen. Es folgte eine Spirale der Gewalt. Sowohl die türkische Regierung als auch die PKK kündigten die seit

<sup>4</sup> Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei

<sup>5</sup> Apo („Onkel“) ist das Synonym der PKK-Anhänger für den PKK-Führer Abdullah ÖCALAN.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

langem zwischen ihnen laufenden Friedensverhandlungen. Das türkische Militär geht aktuell sowohl gegen Stellungen des IS als auch gegen das Rückzugsgebiet der PKK im Nordirak vor. In Europa will die PKK weiterhin auf Gewalt verzichten und ihre Forderungen publik machen.

## **Historie und Strukturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa**

Aufgrund der Kampfhandlungen in ihren Siedlungsgebieten seit den 1980er Jahren flüchteten hunderttausende Kurden. Ihr Hauptziel war Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland.

Mitglieder und Anhänger der PKK setzten hier den Kampf fort und gründeten 1985 die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK). Sie verübten terroristische Anschläge auf türkische Einrichtungen und Gewerbe. Ohne Rücksicht auf Leib und Leben griffen sie ebenfalls deutsche Polizisten an. Dies führte im November 1993 zu einem Betätigungsverbot der PKK und ihr angeschlossener Nebenorganisationen in der Bundesrepublik. Das Verbot umfasst auch die daraufhin gegründeten Nachfolgeorganisationen der ERNK, nämlich die seit dem Jahr 2000 verbotene Kurdische Demokratische Volksunion (YDK) und die seit 2004 verbotene Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK).

Das Territorium der Bundesrepublik Deutschland ist in vier „Saha“ (Gebiete) untergliedert. Diese setzen sich wiederum aus „Bölge“ (Gebiete/ Zone) zusammen. Aktuell gibt es knapp 30 Bölge, die aus mehreren Teilgebieten bestehen.

In der Bundesrepublik befindet sich mit ca. 800.000<sup>6</sup> Personen die größte Gruppe der kurdischen Diaspora. Weniger als 2 % dieses Personenkreises hängen der PKK, ihren Nachfolge- bzw. Nebenorganisationen an. Das Mobilisierungspotenzial kann allerdings das Mehrfache betragen. Die streng hierarchisch und territorial gegliederten Organisationsstrukturen sichern der PKK den ideologischen Einfluss und bilden die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung jährlicher Spendenkampagnen. Letztere sind eine unverzichtbare Grundlage für die Finanzierung des gesamten Parteiapparates und seiner Aktivitäten. Darüber hinaus wird hier der Nachwuchs für den Guerillakampf rekrutiert.

Der PKK sind zielgruppenorientierte Massenorganisationen für Frauen und Jugendliche sowie Berufs- oder religiöse Gruppen zuzuordnen. In den jeweiligen westeuropäischen Staaten existieren Föderationen örtlicher kurdischer Vereine, die wiederum in einer europäischen Konföderation zusammengeschlossen sind. Bereits im Juli 2013 benannte sich die Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) anlässlich ihres 19. Kongresses in Kurdischer demokratischer Gesellschaftskongress in Europa (KCD-E) um. Aufgabe des KCD-E sei es, sich für das soziale und kulturelle Wohl der Kurden in Europa einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Identität der Kurden der Herkunftsländer Türkei, Iran, Irak und Syrien per Grundgesetz anerkannt werde. Zu diesem Zweck wolle man in ganz Europa demokratische Gesellschaftszentren für Kurden eröffnen. Die KCD-E stellt nunmehr die PKK-Europaführung, in die auch die CDK integriert ist.<sup>7</sup>

Infolgedessen wurde im Juni 2014 anlässlich des 20. Kongresses der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM)<sup>8</sup> das Demokratische Gesellschaftszentrum der

<sup>6</sup> Die Zahl stellt nur einen Schätzwert dar. Es gibt keine offizielle Statistik zu Kurden. Personen kurdischer Volkszugehörigkeit werden gemäß ihrer Staatsangehörigkeit als Türken, Iraner, Iraker oder Syrer geführt.

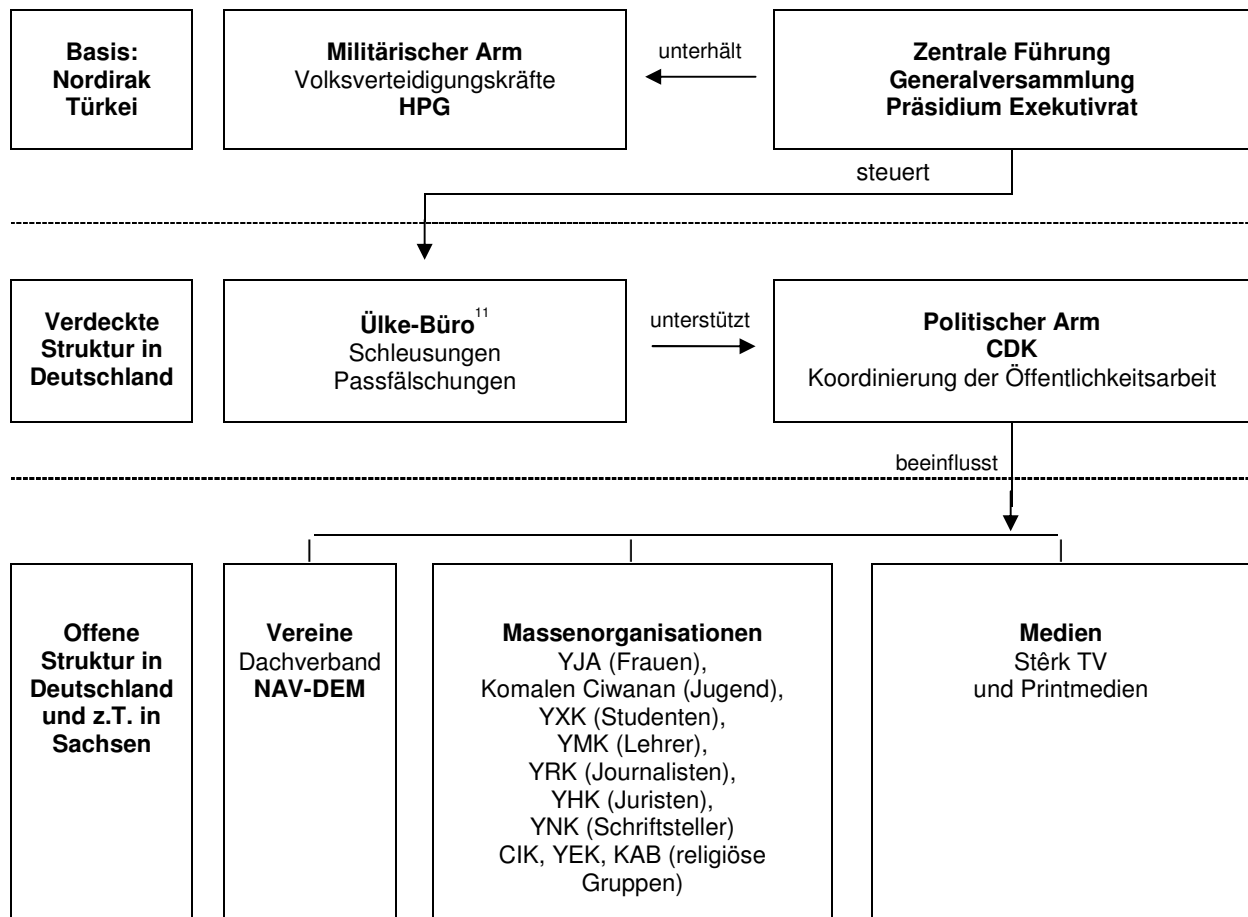
<sup>7</sup> Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern 2014, S. 129

<sup>8</sup> Bisherige Dachorganisation für Vereine in Deutschland, in denen sich Mitglieder und Anhänger der PKK organisierten

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM)<sup>9</sup> gegründet. Das neue Organisationsmodell soll alle kurdischen Einrichtungen unter einem Dach vereinen. Den Namenswechsel vollzogen danach auch die bisher in der YEK-KOM organisierten örtlichen Vereine. Sie gaben jeweils die „Gründung“ des Demokratischen kurdischen Gesellschaftszentrums (DKTM)<sup>10</sup> bekannt.

### Struktur der PKK



### Historie und aktuelle Situation im Freistaat Sachsen

Das PKK-Gebiet Sachsen besteht hauptsächlich aus den „Teilgebieten“ Leipzig, Dresden und Chemnitz. Darüber hinaus gehören angrenzende Teile umliegender Bundesländer und der Nachbarstaaten Polen und Tschechien dazu. In den Teilgebieten gründeten sich in den 1990er Jahren bis in die ersten Jahre des Folgejahrzehnts Vereine, die dem Dachverband YEK-KOM zuzuordnen waren. Zwischen 2009 und 2015 kam das der PKK zuzurechnende Vereinsleben vollständig zum Erliegen. Die Mitglieder und Sympathisanten beteiligten sich lediglich an PKK-initiierten überregionalen Kampagnen und Großveranstaltungen. Dies dürfte nicht zuletzt auf den starken Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden des

<sup>9</sup> Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê

<sup>10</sup> Demokratîk Kürt Toplum Merkezi

<sup>11</sup> Das türkische Wort Ülke bedeutet „Land“ (politisch).

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Freistaates zurückzuführen sein. Die Vereinslokale waren mehrfach von Exekutivmaßnahmen der Polizei betroffen. In mehreren Fällen wurden im Freistaat Sachsen tätige Aktive der PKK wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz (Zuwiderhandlung gegen Verbote) verurteilt, zuletzt im Jahr 2011.

Die Entwicklungen um die umkämpfte Stadt Kobane wirkten sich auch auf die sächsischen PKK-Anhänger aus. Ab Herbst 2014 begannen diese, in sächsischen Städten an einer Vielzahl örtlicher Demonstrationen teilzunehmen.

Im Februar 2015 wurde die Gründung des Dresdner Vereins Deutsch Kurdische Begegnungen e. V. bekannt. Seitdem wurden durch diesen fast monatlich örtliche Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, die sich auf Ereignisse in der Türkei und den kurdischen Siedlungsgebieten bezogen.

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der PKK hat sich in den letzten Jahren in Sachsen nicht verändert und liegt seit 2010 konstant bei ca. 150 Personen.

Am 21. Oktober 2015 nahmen Beamte des LKA Niedersachsen mit Unterstützung des LKA Sachsen den Leiter des PKK-Gebietes Sachsen in Dresden fest. Gegen den PKK-Kader richtet sich ein Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Niedersachsen, in deren Zuständigkeitsbereich der Funktionär zuvor tätig war. Von den Exekutivmaßnahmen war auch das Lokal des Dresdner Vereins Deutsch Kurdische Begegnungen e. V. betroffen.

Im Berichtsjahr wurde auch die Existenz der Gruppe Ciwanen Azad Dresden (Freie Jugend Dresden) bekannt.

Die europäische Jugenddachorganisation der PKK, Ciwanen Azad (CA), verfügt über örtliche Vertretungen, so z. B. auch die Ciwanen Azad Dresden. CA publiziert Mobilisierungsvideos, in dem der gewaltsame Kampf verherrlicht wird.

Die CA Dresden ist im Internet mit einem Facebook-Profil präsent. Hier wurden zahlreiche Fotos von Demonstrationen in Dresden, angemeldet durch den Dresdner Verein Deutsch Kurdische Begegnungen e. V., gepostet, die jugendliche Akteure mit PKK-Fahnen und dem CA-Logo auf den T-Shirts zeigen. Die CA Dresden kooperiert auch mit linksextremistischen Organisationen wie der REVOLUTION Leipzig (siehe Abschnitt „Autonome in Leipzig“). Neben dem Thema Antikapitalismus vereint beide auch das Thema Antifaschismus. Auf der Demonstration setzten CA-Anhänger auf einem Transparent die Terrororganisation IS mit PEGIDA<sup>12</sup> gleich.

---

<sup>12</sup>

Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes